

Beschlüsse des EZB-Rats (ohne Zinsbeschlüsse)

Marktoperationen: Am 16. April 2015 erließ der EZB-Rat die Leitlinie EZB/2015/20 zur Änderung der Leitlinie EZB/2014/60 über die Umsetzung des geldpolitischen Handlungsrahmens des Eurosystems, um den Änderungen des Sicherheitenrahmens des Eurosystems in Bezug auf die zulässigen Kuponstrukturen für notenbankfähige marktfähige Sicherheiten Rechnung zu tragen. Durch die Änderung wird insbesondere klargestellt, dass marktfähige Sicherheiten mit variabler Verzinsung weiterhin notenbankfähig bleiben können, wenn der den Schuldscheininhabern geschuldete tatsächliche Cashflow nicht negativ ist. Die Leitlinie EZB/2014/60 ist mit dieser technischen Anpassung am 1. Mai 2015 in Kraft getreten. Sie ist auf der Website der EZB abrufbar.

Zahlungssysteme und Marktinfrastruktur: Am 30. April 2015 genehmigte der EZB-Rat anhand der Standards für Kreditgeschäfte des Eurosystems die direkte Verbindung zwischen der Plattform Cascade von Clearstream Banking Frankfurt (CBF-Cascade) zu Clearstream Banking Luxembourg (CBL) und die indirekte Verbindung von CBF-Cascade über CBL zu Euroclear Finland, die somit für die Kreditgeschäfte des Eurosystems zugelassen sind. Das Gesamtverzeichnis aller zugelassenen Verbindungen ist auf der Website der EZB abrufbar.

Finanzstabilität und Aufsichtsfragen: Am 20. Mai 2015 genehmigte der EZB-Rat die Veröffentlichung des Financial Stability Review – May 2015. In diesem Bericht werden die wichtigsten Risikoquellen und Schwachstellen mit Blick auf die Stabilität

des Finanzsystems im Eurogebiet untersucht und es wird umfassend analysiert, inwieweit das Finanzsystem des Eurosystems Störungen auffangen kann. Der Bericht ist auf der Website der EZB veröffentlicht.

Statistik: Am 7. Mai 2015 billigte der EZB-Rat die Empfehlungen aus dem Bericht über die zur Sicherung der Vertraulichkeit der statistischen Daten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 951/2009 des Rates vom 9. Oktober 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2533/98 vom 23. November 1998 über die Erfassung statistischer Daten durch die Europäische Zentralbank erlassenen Maßnahmen. Eine Zusammenfassung des Berichts ist auf der Website der EZB abrufbar.

Am 16. April 2015 erließ der EZB-Rat die Verordnung (EU) 2015/730 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1011/2012 über die Statistiken über Wertpapierbestände (EZB/2012/24) (EZB/2015/18). Die Änderungsverordnung bringt die Verordnung (EU) Nr. 1011/2012 mit der Verordnung (EU) Nr. 1374/2014 über die statistischen Berichtspflichten der Versicherungsgesellschaften (EZB/2014/50) in Einklang und legt statistische Berichtspflichten für die Wertpapierbestände der Versicherungsgesellschaften fest. Die Verordnung wurde im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und ist auf der Website der EZB abrufbar. Ebenfalls am 16. April 2015 erließ der EZB-Rat die Leitlinie EZB/2015/19 zur Änderung der Leitlinie EZB/2013/7 über die Statistiken über Wertpapierbestände. Die Änderung soll die notwendigen Verfahren für die Berichterstattung der nationalen Zentralbanken an die Europäische Zentralbank festlegen. Die Änderungsleitlinie wird im Amtsblatt der Europäischen Union und auf der Website der EZB veröffentlicht.

Corporate Governance: Der EZB-Rat berief Jean-Claude Trichet, Hans Tietmeyer und Klaus Liebscher in den EZB-Ethikausschuss. Der Ethikausschuss ernannte Jean-Claude Trichet gemäß Artikel 2 Absatz 2 des Beschlusses EZB/2014/59 zu seinem Vorsitzenden; der EZB-Rat wurde am 20. Mai 2015 entsprechend in Kenntnis gesetzt.

Bankenaufsicht: Am 27. April 2015 verabschiedete der EZB-Rat den Beschluss EZB/2015/21 zur Bestimmung der Kreditinstitute, die einer umfassenden Bewertung durch die EZB im Laufe des Jahres 2015 unterliegen. Der Beschluss ist auf der Website der EZB abrufbar. Am 12. Mai 2015 verabschiedete der EZB-Rat Änderungen der Beschlüsse zur Feststellung der Bedeutung in Bezug auf 23 Kreditinstitute. Ziel dieser Änderungen ist es, einer veränderten Gruppenstruktur der betreffenden bedeutenden Institute Rechnung zu tragen und erforderliche Korrekturen vorzunehmen. Darüber hinaus wurden auch Änderungen an der Liste weniger bedeutender Institute vorgenommen. Die angepasste Liste beaufsichtigter Unternehmen (bedeutende und weniger bedeutende Institute) wird gemäß Artikel 49 der Verordnung EZB/2014/17 zur Einrichtung eines Rahmenwerks für die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Zentralbank und den nationalen zuständigen Behörden und den nationalen benannten Behörden innerhalb des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM-Rahmenverordnung) auf der Website der EZB veröffentlicht.

und die sich festigende wirtschaftliche Erholung des Euroraums gegenüber. Zudem dürfte die Weltwirtschaft wieder an Schwung gewinnen.

Gesamtwirtschaftliche Produktion: Unter diesen Bedingungen erwarten die Bundesbank-Volkswirte, dass die deutsche Wirtschaft nach einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,7 Prozent im laufenden Jahr im kommenden Jahr um 1,8 Prozent und im darauf folgenden Jahr um 1,5 Prozent expandieren könnte. In kalenderbereinigter Rechnung entspräche dies Expansionsraten von 1,5 Prozent im Jahr 2015 und jeweils 1,7 Prozent in den Jahren 2016 und 2017. Da die erwarteten Zuwächse das geschätzte Potenzialwachstum von 1,2 Prozent pro Jahr übertreffen, dürfte der Nutzungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten den Bundesbank-Experten zufolge spürbar steigen und am Ende des Prognosehorizonts die Normalauslastung deutlich übertreffen. Damit geht einher, dass Reserven am Arbeitsmarkt mobilisiert werden und die Löhne mittelfristig verstärkt zulegen. Für die Staatsfinanzen zeichnen sich vor diesem Hintergrund weiterhin Überschüsse in einer Größenordnung von 0,5 Prozent des BIP ab. Dabei überdecken die anziehende Konjunktur und anhaltend sinkende Zinsausgaben die grundsätzlich expansive Ausrichtung der Finanzpolitik, wie die Bundesbank-Volkswirte weiter ausführen.

Preisentwicklung: Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe dürfte sich der Prognose zufolge verstärken: Während sich darin zunächst der Einfluss der Euro-Abwertung

gegenüber wichtigen Währungen äußert, dürfte später zunehmend der binnenwirtschaftliche Kostenauftrieb zum Tragen kommen. Gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex sagen die Bundesbank-Volkswirte eine Erhöhung der Preiserhöhungsrates von 0,5 Prozent im laufenden Jahr auf 1,8 Prozent im kommenden Jahr und 2,2 Prozent im darauf folgenden Jahr voraus. Ohne Energie gerechnet würde die Rate von 1,2 Prozent im Jahr 2015 auf 2,2 Prozent im Jahr 2017 steigen.

Risikobeurteilung: Gegenüber der Projektion vom Dezember 2014 wurde vor allem für das laufende Jahr die Erwartung für das Wirtschaftswachstum deutlich angehoben und hinsichtlich des Preisanstiegs erheblich zurückgenommen. Wesentlich für die gedämpften Inflationsaussichten ist demnach vor allem der kräftige Rückgang der Rohölnotierungen. Für den Prognosezeitraum wird unterstellt, dass die Rohölnotierungen nur leicht anziehen und die Wechselkurse unverändert bleiben. Sollte der Euro verstärkt aufwerten, ergäben sich konjunkturelle Abwärtsrisiken. Weitere außenwirtschaftliche Risiken resultieren nach Bundesbank-Einschätzung aus den Verwundbarkeiten einiger aufstrebender Volkswirtschaften und den geopolitischen Spannungen. In Bezug auf die wirtschaftliche Erholung des Euroraums seien Rückschlaggefahren noch nicht gebannt. Aus binnenwirtschaftlicher Sicht, so der Bericht, stellen darüber hinaus zunehmende Verknappungen am Arbeitsmarkt ein angebotsbedingtes Risiko für das Wirtschaftswachstum dar, und sie können sich auch in einem verstärkten Preisauftrieb äußern.

Bundesbank Prognose Juni 2015

Schneller als erwartet hat sich die deutsche Wirtschaft von der konjunkturellen Schwäche Mitte des vergangenen Jahres erholt und ist auf einen von der Binnen- und Außennachfrage gestützten Wachstumspfad zurückgekehrt. Laut der Anfang Juni 2015 veröffentlichten halbjährlichen Prognose der Deutschen Bundesbank profitiert die Binnenwirtschaft dabei von der guten Arbeitsmarktlage und den kräftigen Einkommenszuwächsen. Auch wenn das Auslandsgeschäft gegenwärtig durch dämpfende Effekte aus der Weltwirtschaft beeinträchtigt wird, stehen dem der Studie zufolge eine stimulierende Euro-Abwertung

Staat und Finanzwirtschaft: Auf der Suche nach neuen Strukturen

Beiträge zum CFS Colloquium, Band 49
Herausgegeben von Jan Pieter Krahen
2012, 144 Seiten, broschiert, 23,00 Euro.
ISBN 978-3-8314-2620-1.

Eine vielfältige, kritische Auseinandersetzung wichtiger Repräsentanten des privaten und öffentlichen Finanzsektors über existierende Gefahren und mögliche Handlungsstrategien auf dem Weg zu einer erfolgreichen Wende der Finanzkrise in ein stabiles reformiertes Nebeneinander von Staat und Finanzmärkten.



Fritz Knapp Verlag | Postfach 11 11 51 | 60046 Frankfurt am Main
Postfach 11 11 51 | Tel. (069) 97 08 33-21 | Fax (069) 707 84 00 | Mail: vertrieb@kreditwesens.de